



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 20.06.2013

Niederschrift

über die **29. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 17.06.2013, 15:00 Uhr bis 16:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka SPD

Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Hauser	auf Vorschlag der Grünen
Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
---------------------	-----------

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver	Bürgeramt Innenstadt
-----------------------	----------------------

sowie Fachverwaltung zu einzelnen TOP

Schriftführer

Herr Ralf Droske

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Patrick Stamm	auf Vorschlag der CDU
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung"
1319/2013
- 1.2 Lärmbelästigung, Erfassung von Lärmbeschwerden
1230/2013

- 1.3 Zurückgewiesene Bürgereingabe: Erstattung der Kulturförderabgabe (02-1600-22/13)
1234/2013
- 1.4 Entscheidung über eine Eingabe zum Werbenutzungsvertrag (02-1600-15/13)
1377/2013
- 1.5 Solarenergie auf städtischen Dächern
Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7
1792/2013
- 1.6 Konzept zur Reduzierung der Lärmbelastung durch Fahrgastschiffe (sog. "Partyschiffe") am Rhein
1804/2013

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen
 - 2.1.1 Verschmutzungen auf Spielplätzen durch Zigarettenkippen

- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Nutzung des Grundstückes Brühler Str. Ecke Militärring für jugendkulturelle Zwecke (02-1600-02-12)
*** bereits umgedruckt zur Sitzung am 29.04.13
1120/2013
- 3.2 Bürgereingabe: Unfallgefahr durch fehlendes Stoppschild in Deutz (02-1600-01/13)
0696/2013
- 3.3 Änderung der Straßenreinigungssatzung (02-1600-16/13)
1288/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung" 1319/2013

1.2 Lärmbelästigung, Erfassung von Lärmbeschwerden 1230/2013

Auf Nachfrage von Herrn Thelen erklärt Frau Klock vom Amt für öffentliche Ordnung, in welchen Fällen die Beschwerden als unbegründet gewertet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer erklärt Frau Klock, dass auch Beschwerden erfasst wurden, die bei der Polizei aufgenommen wurden. Der Großteil der Beschwerden ging aber beim Ordnungsdienst der Stadt ein, deren Leitstelle bis spät in die Nacht unter der Tel. 221 32000 erreichbar ist.

Auf Nachfrage von Herrn Kretschmer teilt Frau Klock mit, dass nach Einführung des neuen Nichtraucherschutzgesetzes bislang keine Zunahme an Lärmbeschwerden zu verzeichnen sei.

Frau Herbers-Rauhut bittet dazu um einen erneuten Erfahrungsbericht nach einem Jahr.

1.3 Zurückgewiesene Bürgereingabe: Erstattung der Kulturförderabgabe (02-1600-22/13) 1234/2013

1.4 Entscheidung über eine Eingabe zum Werbenutzungsvertrag (02-1600-15/13) 1377/2013

Auf Nachfrage von Herrn Löwisch teilt Herr Dr. Höver mit, dass ein generelles Verbot der Tabakwerbung rechtlich nicht möglich sei. Hierzu habe es intensive rechtliche Prüfungen gegeben.

1.5 Solarenergie auf städtischen Dächern Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7 1792/2013

1.6 Konzept zur Reduzierung der Lärmbelastung durch Fahrgastschiffe (sog. "Partyschiffe") am Rhein 1804/2013

Frau Klock erläutert die Vorlage der Verwaltung und nimmt auf Nachfrage von Herrn Kretschmer zu den Einflussmöglichkeiten der Stadt auf den Schifffahrtsverkehr auf der Bundeswasserstraße Stellung.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Verschmutzungen auf Spielplätzen durch Zigarettenkippen

Herr Fischer beklagt, dass laut Auskunft der Leitstelle des Ordnungsdienstes das vorhandene Personal nicht ausreiche, um die Spielplätze regelmäßig auf Verunreinigungen durch Raucher zu kontrollieren. Frau Klock sagt zu, nach konkreter Angabe der Örtlichkeit, den Kontrollbedarf an den Ordnungsdienst weiter zu geben.

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Nutzung des Grundstückes Brühler Str. Ecke Militärring für jugendkulturelle Zwecke (02-1600-02-12)

***** bereits umgedruckt zur Sitzung am 29.04.13
1120/2013**

Der Petent, Herr Teine, erklärt, dass er mit Unterstützung der Bezirksvertretung 2 das Objekt zusammen mit einem Architekten besichtigt habe. Es sei festgestellt worden, dass das Objekt sanierungsfähig sei und mit Kosten von einer Million Euro zu rechnen sei.

Herr Rostek von der städtischen Gebäudewirtschaft bewertet den Zustand des Gebäudes als sehr kritisch mit erheblichem von der Stadt nicht vertretbarem Sanierungsaufwand.

Frau Biefang vom Jugendamt erklärt, dass sie in den vergangenen Monaten zusammen mit dem Petenten an einer Weiterentwicklung seines inhaltlichen Rahmenkonzeptes gearbeitet habe. Allerdings konnte keine Einigung erzielt werden hinsichtlich des Erfordernisses und Inhaltes eines Kosten- und Finanzierungsplans. Das Konzept enthalte aufgrund der beabsichtigten Selbstverwaltung keine weiter konkretisierten Inhalte, diese sollten durch die Jugendlichen mitentwickelt werden.

Frau Höppner vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen erklärt, dass das Objekt im Äußeren Grüngürtel im Landschaftsschutzgebiet liege, für das der Rat am 30.4.2013 ein Entwicklungskonzept beschlossen habe. Dieses Konzept sehe eine Renaturierung des Grundstückes vor. Es sei daher geplant, das Gebäude niederzulegen.

Herr Amrehn vom Bauaufsichtsamt ergänzt, dass für das Grundstück kein Baurecht mehr existiere. Dies lasse sich nur wiederherstellen durch die Aufstellung eines geänderten Bebauungsplans.

Auf Nachfrage von Herrn Kretschmer ergänzt Herr Makrutzki vom Stadtplanungsamt, dass bei Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens die Erschließung des Grundstücks neu geplant werden müsste, da durch die Lage an einer Bundesstraße und einer Landesstraße eine Erschließung aktuell nicht gegeben sei.

Herr Schneider äußert sich skeptisch, ob sich die Ideen des Petenten an dem Standort umsetzen lassen. Er stehe der Idee grundsätzlich positiv gegenüber, sehe aber insbesondere bei der Finanzierung erhebliche Unsicherheiten. Er könnte sich allenfalls eine Umsetzung der Idee des Petenten an einem anderen Standort vorstellen, sofern dies wirtschaftlich tragfähig und nachhaltig umsetzbar ist.

Herr Kretschmer hat ähnliche Bedenken, würde die Unterstützung des Projektes im Beschluss daher gerne deutlicher formulieren. Seine Nachfrage an Petent und Verwaltung, ob ein alternativer Standort in Frage käme, wird eher skeptisch gesehen.

Auf Nachfrage von Herrn Zimmermann teilt der Petent mit, dass sie mit monatlichen Betriebskosten von 20.000 Euro rechnen. Ein stichhaltiges Finanzierungskonzept könne bis nach den Sommerferien erstellt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Löwisch erklärt Herr Dr. Höver, dass die Bezirksvertretung 2 unabhängig von der Beratung der vorliegenden Eingabe auf das Thema aufmerksam geworden ist und sich im Zusammenhang mit den Planungen zum Grüngürtel selbst ein Bild von dem Objekt vor Ort gemacht hat. Die Bezirksvertretung 2 habe jedoch in der Sache keinen Beschluss gefasst.

Frau Herbers-Rauhut und Frau Domke sprechen sich für den Verwaltungsvorschlag aus, da sie das derzeitige Konzept weiterhin nicht für tragfähig halten.

Da sich überwiegend eine deutliche Skepsis gegenüber der Tragfähigkeit des Konzeptes im Ausschuss zeigt, lässt Herr Thelen über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss bedankt sich bei dem Petenten und der Verwaltung für die intensive Überprüfung des Konzeptes. Im Ergebnis sieht der Ausschuss jedoch keine tragfähige Lösung, um das Projekt an dem Standort nachhaltig umzusetzen. Er plädiert daher dafür, eine Realisierung an dem Standort nicht weiter zu verfolgen.

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, inwieweit die Ideen des Petenten für ein Jugendkulturprojekt an einem anderen Standort umgesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, bei Enthaltung von Pro Köln.

3.2 Bürgereingabe: Unfallgefahr durch fehlendes Stoppschild in Deutz (02-1600-01/13) 0696/2013

Der Petent hat sich entschuldigt.

Herr Ciesla-Baier bedauert, dass das Amt für Straßen und Verkehrstechnik sich nicht in der Lage sieht, eine Vertretung in den Ausschuss zu entsenden. Er plädiert für die SPD-Fraktion dafür, an der betreffenden Stelle ein Stoppschild anzubringen und zusätzlich in angemessener Entfernung vor dem Stoppschild ein Warnschild aufzustellen, das auf die Gefahrensituation hinweist.

Herr Fischer kritisiert ebenfalls das Fernbleiben der Verwaltung. Er bittet den Ausschussvorsitzenden, eine Beschwerde an den Oberbürgermeister heranzutragen.

Frau Herbers-Rauhut unterstützt den Vorschlag der SPD-Fraktion. Sie regt an, auch auf der Severinsbrücke auf die Gefahrensituation hinzuweisen.

Herr Pohl gibt zu bedenken, dass mit einem Stoppschild eine generelle Pflicht zum Anhalten verbunden ist.

Herr Dr. Höver nimmt für die Verwaltung Stellung und verliest die vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik ergänzend mitgeteilten rechtlichen Rahmenbedingungen und aktuellen Stand der Prüfung. Das Amt habe auch mitgeteilt, dass Verkehrsschilder Verwaltungsakte sind, die als Geschäft der laufenden Verwaltung in der Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde liegen und daher nicht durch eine politische Instanz getroffen werden könnten.

Herr Schneider kritisiert die Haltung der Fachverwaltung und erwartet, dass die Verwaltung sich nicht darauf beschränkt, den Ausschuss auf die Zuständigkeiten hinzuweisen, sondern dass sie sich auch bei Geschäften der laufenden Verwaltung mit Ideen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger und aus der Politik auseinandersetzt.

Frau Herbers-Rauhut bittet außerdem die Verwaltung, den Ausschuss über die Ergebnisse der Prüfung der geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation zu informieren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Anregung. Der Ausschuss unterstützt die Anregung des Petenten für ein Stoppschild und bittet die Verwaltung, zusätzlich in angemessener Entfernung vor der Einmündung eine Warntafel mit einem Hinweis auf die erhöhte Unfallgefahr aufzustellen. Die Ergebnisse der Prüfung „Änderung des Auffahrwinkels“ an der Einmündung Im Hasental zum Deutzer Ring sind dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und dem Petenten mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, bei Enthaltung von Pro Köln.

**3.3 Änderung der Straßenreinigungssatzung (02-1600-16/13)
1288/2013**

Der Petent kann wegen Urlaubs nicht persönlich teilnehmen, hat aber einen Vertreter entsandt.

Die Fachverwaltung aus dem Dezernat Soziales, Integration und Umwelt hat keinen Vertreter entsandt.

Herr Schneider kritisiert das Fernbleiben der Verwaltung. Er hält es für erforderlich, dass die Petition mit der Fachverwaltung beraten wird. Er bittet daher um Vertagung der Vorlage. Die anderen Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

Beschluss:

Zurückgestellt.

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

**6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des
Landes Nordrhein-Westfalen**

Thelen
Vorsitzender

Droske
Schriftführer